



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

05. Oktober 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

am Sonntag hat Deutschland den 20. Jahrestag der Deutschen Einheit gefeiert. Bremen war turnusgemäß an der Reihe und richtete die offizielle Feier aus. Über 100.000 Menschen waren in die Hansestadt gekommen und feierten den Geburtstag des wiedervereinigten Deutschlands. Höhepunkt der Feier war die Rede des Bundespräsidenten, die insbesondere wegen der Passagen zum Islam jetzt sehr gelobt wird. Die Rede nachlesen kann man unter www.bundespraesident.de.

In Berlin gab es dann noch eine Feier, zu der der Präsident des Bundestages eingeladen hatte. Ich konnte nicht teilnehmen, weil wir zur Netzpolitik eine Klausurtagung hatten. Ich sah deshalb nur den beleuchteten Reichstag gegen 20.00 Uhr aus meinem Zimmer - ein schöner Anblick! Entsetzt war ich allerdings, als ich die geschätzten Kosten hört: Die Veranstaltung soll zwischen 750.000 Euro und 1 Million Euro gekostet haben. Es ist mir unverständlich, wie für eine Konkurrenzveranstaltung zur offiziellen Feier in Bremen Steuergelder auf solche Art und Weise ausgegeben werden können. Ein bisschen erinnert es mich an das Märchen vom „Sängerkrieg der Heidehasen“

Herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Lese-Tipp

„Rabenliebe“ in Darmstadt

Vom 6. bis 10. Oktober öffnet in Frankfurt die Buchmesse ihre Pforten. Ich werde dort auch unterwegs sein und Aussteller aus Darmstadt besuchen. Am Sonntag treffe ich Peter Wawerzinek und spreche mit ihm über sein aktuelles Buch „Rabenliebe“. Morgen liest er bereits in der Darmstädter Stadtkirche. Sein autobiographischer Roman über eine mutterlose Jugend ist tieftraurig, emotional und sehr bildhaft. Es lohnt sich!

Lesung am 6. Oktober, 19.30
Stadtkirche Darmstadt
Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 5 Euro



Besser informiert

SCHUFA-Ombudsmann

Wer kennt das nicht: Bei Abschluss eines Mietvertrags benötigt der Vermieter eine SCHUFA-Auskunft. Der SCHUFA eilt jedoch bei vielen Verbrauchern kein guter Ruf voraus, für viele ist das Vorgehen intransparent und die Bewertung durch die SCHUFA wird kritisiert. Um die Rechte der Verbraucher zu stärken, gibt es bei der SCHUFA einen **unabhängigen Ombudsmann**. Er ist die erste Anlaufstelle bei Streitigkeiten und agiert als Vermittler zwischen dem Verbraucher, der SCHUFA und deren Vertragspartnern.

Der Ombudsmann ist zu erreichen unter Postfach 5280, 65042 Wiesbaden oder unter www.schufa-ombudsmann.de.

Zusammenhalt der Generationen stärken - Aber wie lange noch?!

Seit 2008 fördert der Bund flächendeckend in **ganz Deutschland 500 Mehrgenerationenhäuser - Orte und Projekte, an denen Jung und Alt miteinander leben und ihren Alltag gemeinsam gestalten**. So wie es früher in Großfamilien häufig der Fall, teilen die Generationen die täglichen Aufgaben, man hilft sich gegenseitig und lernt voneinander. Ältere Menschen bekommen (wieder) eine Aufgabe und Jüngere bekommen Unterstützung z.B. bei der Kinderbetreuung. Für die Dauer von fünf Jahren erhält jedes Mehrgenerationenhaus jährlich 40.000 Euro. Manche Mehrgenerationenhäuser sind ganz neu entstanden - wie beispielsweise das **Familien- und Mütterzentrum in Groß-Zimmern** -, aber die meisten von ihnen sind bestehende Einrichtungen, so das **Mütterzentrum in Darmstadt**, eines der ersten drei Mütterzentren in Deutschland.

Die Mehrgenerationenhäuser leisten wirklich eine tolle Arbeit - die **Angebote reichen von Kinderhotel, Senioren-Kino, DemenzService-Zentrum über Handy-Sprechstunde bis hin zur Patengroßelternvermittlung**. Für Alt und Jung gibt es viele praktische Tipps und Hilfestellungen.

Doch leider ist nach jetzigem Stand **die Zukunft der Einrichtungen ungewiss** - das zuständige Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat bislang kein Konzept vorgelegt, wie nach dem Auslaufen der Förderungen die Einrichtungen erhalten werden können. Viele sind verunsichert und wissen nicht, wie es weitergehen kann. Bei einigen der ersten Mehrgenerationenhäusern läuft die Förderung bereits im kommenden Jahr aus. **Die wegfallenden Infrastrukturangebote für Familien und Senioren sind ein falsches Signal**. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels können wir es uns nicht leisten, ein solches Programm im Sande verlaufen zu lassen. Ich kann nicht verstehen, dass die zuständige Ministerin Schröder nicht aktiv wird, um die mühsam vor Ort aufgebaute Infrastruktur der 500 Mehrgenerationenhäuser zu erhalten. **Die Bundesministerin ist in der Pflicht, gemeinsam mit den Haupt- und Ehrenamtlichen sowie den Ländern und Kommunen ein Anschluss-Konzept zu erarbeiten** - nur so können die vielen Einrichtungen ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Wir müssen verhindern, dass viel Mühe, Engagement und auch Geld nur in „Projektruinen“ geflossen sind!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/christian wöller](#) (S. 2)
[aboutpixel/Simon Ledermann](#) (S. 3)

Funkmikrofone sollen auch in Zukunft senden

Frequenzen sind die - für uns unsichtbare - Infrastruktur vieler Medien: So wie die Bahn Schienen braucht, um ihre Züge darauf fahren zu lassen, **benötigen Fernsehen und Radio Frequenzen, um ihre Programme senden zu können**. Die Frequenzen sind auf verschiedene Bereiche und Anbieter verteilt, einen Teil „besitzt“ die Bundesnetzagentur. Im Frühjahr diesen Jahres hat die Bundesnetzagentur das bislang größte Frequenzpaket im Mobilfunk versteigert. **Mobilfunkunternehmen wie die Deutsche Telekom oder o2 können mit den ersteigerten Frequenzbereichen den Breitbandausbau vor allem im ländlichen Bereich vorantreiben**. Um die Lücken in der Breitbandversorgung zu schließen, sind vor allem die Frequenzen im Bereich von 800 Mhz wichtig.

Was gut ist für die mit Breitband unterversorgten Regionen hat allerdings auch einen Nachteil: Einige der jetzt versteigerten Frequenzen wurden bislang von Kultur- und Bildungseinrichtungen genutzt, die z.B Funkmikrofone bei Veranstaltungen über diese Frequenzen senden ließen. Um den weiteren störungsfreien Betrieb von Funkmikrofonen zu gewährleisten, hat sich die Bundesnetzagentur bereits dafür eingesetzt, dass befristet bis 2015 die Bereiche 790 - 814 MHz und 838 - 862 MHz weiter von Funkmikrofonen und anderen Datendiensten wie z.B. dem digitalen Fernsehen (DVB-T) genutzt werden können. Allerdings kann es bei der parallelen Nutzung auch zu Störungen kommen. Spätestens dann müssen sich **die Nutzer eine Alternative überlegen und auf andere Frequenzen umziehen - und das ist mit Kosten verbunden**. Vor allem sind davon Kultur- und Bildungseinrichtungen betroffen, beispielsweise Bühnenproduktionen, Fernsehaufzeichnungen und sonstige öffentliche Veranstaltungen in Opernhäusern, Theatern aber auch in Kirchen. Hier muss für die vielen kleinen Einrichtungen ein finanzieller Ausgleich gefunden werden - zumal der Bund durch die Frequenzversteigerung erhebliche Einnahmen erzielt hat!

Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag die Bundesregierung auf, die bereits 2009 **gegenüber den Ländern gemachten Zusagen zur Übernahme von Entschädigungskosten auch einzuhalten** - nur so haben die Beteiligten Klarheit und Planungssicherheit!